

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nbr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 Mk bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 Mk; durch die Post monatlich 2.60 Mk freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Pfl: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl; amtlich 1 mm
30 Pfl und 24 Pfl; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrensdorf, Bretnig, Hauswalbe, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 141

Freitag, den 20. Juni 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Staatssekretär Meißner ist am Donnerstagabend nach Neudorf abge-
reist, um dem Reichspräsidenten über die Lage Bericht zu erstatten
und das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers zu überreichen.
Die New Yorker Federal Reserve-Bank hat am Donnerstag den Dis-
kontsatz auf 2 1/2 % herabgesetzt.
Ein deutscher Bankier namens Walter Werner hat in Newyork in
seiner Wohnung Selbstmord begangen.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten Der Rollstrumpf.

Darf mal ein Mann, selbstverständlich mit aller ge-
botenen Diskretion und Vorsicht, über die Damenmode sich
vernehmen lassen? Da es unheimlich am Schreibtische geht
wie einem Rundfunkredner vor dem Mikrofon — sie hören
beide keine Antwort, also auch keinen Widerspruch —, so
nehme ich an: „Ich darf!“ Mit vielem, was die Mode in den
letzten Jahren brachte, konnte man durchaus zufrieden sein,
so mit den kurzen Kleidern, wenn sie nicht gar zu kurz waren,
mit dem Wegfall der Panzermieder usw. Vieles freilich, wie
Schminken und Gebrauch des Lippenstiftes oder sonstiger
Malutensilien, gefiel weniger, aber vielleicht ist er durch das
Goethe'sche Wort entschuldigt: „Die eine Hälfte der Zeit
bringen die Frauen zu, sich zu pudern, und die andere Hälfte,
sich gepudert sehen zu lassen.“ Die genannten Dinge machten
es ihnen wirklich möglich, eine gute Hälfte des Tages mit
Pudern zu verbringen.

Aber nun ist etwas Neues dazugekommen; neu, nicht
etwa, weil es erst dies Jahr eingeführt worden ist, sondern
insoweit, als es sich heuer allgemein Geltung verschafft hat,
nämlich der Rollstrumpf. Sie kennen ihn, er erhält sich zu
dem gewöhnlichen Strumpf wie ein Stetich zu einem drei-
eckigen Lustspiel, wie ein Motorrad zu einer achtylindrigen
Luxuslimousine, wie die Steuerlast in der Vorkriegszeit zur
jetzigen. Sie sind, die Rollstrümpfe nämlich, mehr das
Symbol als die Tatsache eines Strumpfes, sie bekleiden nicht
das Bein, sondern unterstreichen seine Nacktheit. Bei Kindern
sind sie ganz reizend, nicht durchweg auch bei mehr oder
weniger jungen Damen, ganz sicher aber nicht bei unbedingt
reifen Damen (alte gibt es ja nicht mehr). Erlaßten Sie mir,
bitte, die Gründe für meine Ansicht anzuführen; Brüderie ist
keinesfalls dabei, es ist ja auf der ganzen Welt anerkannt,
daß die Damen Beine haben. Aber wenn Sie die Freund-
lichkeit haben, selber über das Problem des Rollstrumpfes
nachzudenken, dann werden Sie mir auf Grund dergleichen
Liebeslegung beipflichten. Ich sprach vorhin von dem „Unter-
streichen“ der Nacktheit, man darf aber nur unterstreichen
und betonen, was besonders wichtig, interessant oder schön
ist. Schon aus diesem Grunde sollte sich manche der Damen
den Rollstrumpf verweigern, aber ich bin weiter auch der
etwas altmodischen Ansicht, daß es durchaus nicht erforder-
lich ist, jeden weiblichen Schönheitsreiz ganz besonders auf-
fällig zu machen. Es geschah dies die letzten Jahre schon in
durchaus hinlänglichem Maße, es wurde, wie sagt man doch
gleich, es wurde viel geboten, und irgendwie muß doch einmal
eine Grenze, ein Halt kommen. Im Interesse der Frauen
sage ich das. Die, welche wirklich mit Schönheiten prunken
können, erinnere ich daran, daß ein tüchtiger Kaufmann nicht
alle seine Waren ins Schaufenster tut, und die, welche es
nicht können, sollten bedenken, daß es schon ein recht un-
tüchtiger Kaufmann sein müßte, der gerade seine minder-
wertigen zur Schau stellt. Im übrigen, nichts für ungut...
Dr. W. P.

Pulsnitz. Massenversammlung. Die noch
junge Bewegung der Volkswirtschaftlichen Reichsvereinerung ver-
anstaltet auch in Pulsnitz heute Freitag, im Saale des Schützen-
hauses eine Massenversammlung. Es sprechen an diesem Abend
Herr Gewerbelehrer Schmolke, Stolpen über das Thema:
Nicht Diktatur, sondern Volksgemeinschaft, und Frau Lore
Simon, Hausfrau, Dresden, über das Thema: Die Frau im
Volkstaat. Diese Versammlung dürfte auch hier das größte
Interesse finden, und es möchte jedem empfohlen sein, dieselbe
zu besuchen.

Pulsnitz. Wahlversammlung. Heute Abend,
8 Uhr, findet im Menzelschen Gasthof eine Versammlung
der SPD. statt.

Pulsnitz. Wahlscheine. Wir werden gebeten,
darauf hinzuweisen, daß Wahlscheine nur bis Sonnabend Mitt-
tag ausgestellt werden.

Pulsnitz. Warnung. In vergangener Nacht sind
beim Schuhmachermeister Williger, Riechelsstraße, in dessen

Die Krise um Moldenhauer in der Schwebe

Der Rücktritt des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer angenommen — Dr. Brüning's Antwort an Briand

Die Reise des Reichskanzlers Dr. Brüning nach Neudorf,
um dort dem Reichspräsidenten von Hindenburg über das
Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers persönlich Vortrag
zu erstatten, ist vorläufig vertagt worden.

Von zuständiger Stelle wird hierzu erklärt, daß
Dr. Brüning am Sonnabend die politisch wichtige Länder-
konferenz eröffnen wolle und deshalb keine Möglichkeit be-
stehe, dem Reichspräsidenten noch in dieser Woche persönlich
Vortrag zu halten. Zunächst genüge es auch, daß Staats-
sekretär Meißner aus seiner persönlichen Kenntnis der
Vorgänge dem Staatsoberhaupt Bericht erstatte. Denn die
Schwierigkeiten, die zum Rücktrittsgesuch Dr. Moldenhauer's
geführt hätten, lägen ja nicht im Kabinett, sondern haupt-
sächlich in der eigenen Fraktion des Reichsfinanzministers.
Es sei auch

unwahr, daß Reichskanzler Dr. Brüning dem Vize-
kanzler Dr. Dietrich das Reichsfinanzministerium
angeboten habe.

Zu einem solchen Angebot läge zunächst für den Reichs-
kanzler gar kein Anlaß vor, denn über die Ernennung und
Verabschiedung von Ministern entscheide allein der Reichs-
präsident.

In Regierungskreisen hofft man immer noch auf ein
Kompromiß über die Dedungsvorlagen. Es wird erklärt,
daß die Erörterung über die Dedungsvorlagen weitergeführt
werde, und man werde so verfahren, daß

die preussischen und die Reichsvorschläge einander
angeglichen

würden, so daß der Reichstag in seiner Vollziehung am Sonn-
abend sich mit den ihm bereits zugegangenen Gesetzentwürfen
über eine Reichshilfe der Festbesoldeten, des Ledigen-Stat-
opfers, sowie der Änderungen der Tabaksteuer, der Kranken-
versicherung, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenver-
sicherung beschäftigen könne.

Unterredung Brüning-Scholz.

Der Reichskanzler hatte am Donnerstag mittag eine
Besprechung mit dem Führer der Deutschen Volkspartei,
Abg. Dr. Scholz, in der über die politische Lage gesprochen
wurde und Dr. Scholz die positiven Forderungen der Deut-
schen Volkspartei, wie sie kürzlich in einer Entschließung der
Fraktion niedergelegt sind, vorbrachte.

Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß in
dieser Besprechung ein Versuch zur Lösung der Krise nicht
gemacht worden ist, zumal das Ergebnis über die Besprechung
mit dem Reichspräsidenten noch nicht feststand. Da man bei
einer Reihe von Parlamentariern der Mittelparteien bereits
mit der Möglichkeit eines Rücktritts des Gesamtkabinetts
Brüning rechnet, werden auch im Reichstag schon

unverbindliche Möglichkeiten einer Regierungsneubildung
erörtert. Man spricht dabei weniger von einem bürgerlichen
Mehrheitskabinett als von einem Kabinett der Wei-
marer Koalition, also des Zentrums, der Demokraten
und der Sozialdemokraten mit einer Unterstützung durch die
Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei, aber ohne
offizielle Teilnahme der beiden Parteien am Kabinett.

Moldenhauer's Rücktritt sicher.

Der Reichskanzler ist umgestimmt.

Die innenpolitische Lage und die Verhältnisse inner-
halb des Reichskabinetts haben sich insofern geändert,
als man jetzt den Rücktritt des Reichsfinanzministers mit
absoluter Sicherheit erwarten kann. Während zunächst
der Reichskanzler entschlossen schien, an der Person Mol-
denhauer's festzuhalten, hat er sich offenbar in verschie-
denen Besprechungen mit einer Reihe politischer Persön-
lichkeiten von der Notwendigkeit des Rücktritts Mol-
denhauer's überzeugen lassen. Es ist anzunehmen, daß er
auch dem Reichspräsidenten dementsprechende Empfehlun-
gen für das Verhalten des Rücktritts Moldenhauer's ge-
ben wird.

Die Frage der Nachfolgerschaft

Berlin, 20. Juni. Ueber die Nachfolgerschaft des
Finanzministers Dr. Moldenhauer können offizielle Bepre-
chungen naturlich erst nach der Entscheidung des Reichsprä-
sidenten über das Rücktrittsgesuch Dr. Moldenhauer's einge-

leitet werden. Von den Berliner Blättern wird immer noch
damit gerechnet, daß der Reichskanzler mit dem Wirtschafts-
minister Dr. Dietrich und dem preussischen Finanzminister
Dr. Höppler-Nichoff verhandeln wird. Das „Berl. Tagebl.“
glaubt, daß die beiden demokratischen Politiker nicht bereit
sein werden, in das Reichsfinanzministerium einzutreten.

Dresden, 20. Juni, 13,00 Uhr. (Drahtnachricht) T.-U.

Der Rücktritt des Reichsfinanzministers angenommen

Berlin. Amtlich wird gemeldet: Reichspräsident
v. Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den
Reichsminister Prof. Dr. Moldenhauer auf seinen Antrag
aus dem Amt des Reichsministers der Finanzen entlassen
und den Reichskanzler Dr. Brüning bis auf weiteres mit der
Führung der Geschäfte beauftragt.

Dr. Brüning's Antwort an Briand

Berlin, 20. Juni. Der Außenpolitiker des „Matin“ Sou-
verain hatte eine Unterredung mit Reichskanzler Brüning, der dabei
mitteilte, daß die Regierung das Memorandum Briand's innerhalb der
gekauften Frist beantworten werde. Sie werde nicht nur die französische
Einladung beantworten, sondern auch in großen Umrissen ihre eigenen
wirtschaftlichen und politischen Ziele darlegen. Die einzelnen Mini-
sterien hätten schon begonnen, sich mit Einzelheiten zu befassen. Dabei
lege die Regierung Wert darauf, daß das Reich zu jedem der Kapitel
sein besonderes Urteil abgebe und reichlich überlegte Anregungen ver-
mittele, die auf eine gesunde Einschätzung der deutschen Bedürfnisse und
der gesamten Weltlage gegründet seien. Es sei eine Arbeit auf lange
Sicht, bei der Deutschland und Frankreich die erste Rolle spielen wür-
den. Ueber die innenpolitische Lage sagte der Reichskanzler: Gegen-
wärtig habe die Regierung außerordentliche Schwierigkeiten zu über-
winden. Der Haushalt sei sehr schwer ins Gleichgewicht zu bringen.
Die Regierung set auf der Suche nach Steuern, die die deutsche Wirt-
schaft nicht allzu sehr belasten und müsse dabei feststellen, daß die Grenze
der Leistungsfähigkeit annähernd erreicht sei. Unter diesen Schwierig-
keiten stehe natürlich die Wirtschaftskrise. Sie sei in erster Linie eine
Krise der Landwirtschaft. Gegenüber den europäischen Bestrebungen,
die Bölle zu senken, müsse Deutschland die Existenz seiner Landwirtschaft
sichern. Das Hilfsmittel der Zollverbündungen werde Deutschland einfach
durch die Umstände aufgezwungen und Deutschland sei nicht das einzige
Land, dem es so gehe. Die Industrie habe Interesse daran, weitere
Abfahrmärkte zu schaffen. Da aber machen sich die Unterschiede in den
Löhnen geltend. So habe z. B. die Tschechoslowakei weit billigere
Arbeitskräfte, andererseits umschleibe sich unser Lohnniveau wieder von
Frankreich und Belgien. Die Länder, die sich zusammenschließen woll-
ten, wären also zu einer gewissen Angleichung der Löhne gezwungen.
Es müsse ein Weg gefunden werden, in den noch unerschlossenen und
gering bedürfteten Gebieten Deutschlands Arbeitskräfte unterzubringen.
Deutschland habe einen Geburtenüberschuß, der zwar in den Städten
fortwährend sinke, aber auf das Ganze gesehen sich immer noch steigere.
Er sei überzeugt, daß durch die Verhandlungen mit den Nachbarländern,
und besonders mit Frankreich, neue Wege für die Hebung der deutschen
Schwierigkeiten entdeckt würden.

Das deutsch-rumänische Handelsprovisorium.

Das eben unterzeichnete deutsch-rumänische Wirtschafts-
abkommen, das auf der Weisbegünstigung begründet ist, soll
zunächst bis zum 1. Februar n. J. Gültigkeit haben. Die
Ratifikationsurkunden dieses Abkommens sollen am 9. Juli
in Berlin ausgetauscht und die Abmachungen am folgenden
Tage in Kraft treten. Mitte Oktober ist die Aufnahme von
Verhandlungen für einen endgültigen Handelsvertrag vor-
gesehen.

Das Abkommen ist an die Bedingung geknüpft, daß
Deutschland an Rumänien 35 Mill. Rm. zahlt
„als Entschädigung für die durch die erhöhten deut-
schen Getreidezölle Rumänien zugefügten Schäden“. Die
rumänische Regierung hat dagegen anschließend den neuen
Vertrag mit der Gruppe Otto Wolff-Bögler-Krupp usw.
unterzeichnet, der die seit langem umstrittenen und verhandelt-
ten Geschäfte mit dieser Gruppe unter Umlagerung der an
den Dawes-Plan geknüpften Voraussetzungen auf den
Young-Plan bis 1933 endgültig ordnet. Das Provisorium
baut auf dem Grundsatz der Weisbegünstigung auf,
enthält die Regelung der Ein- und Ausfuhrverbote,

